

OFFENER BRIEF AN DIE BUNDESKANZLERIN

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Nachrichtlich:
Innenministerium
Auswärtiges Amt
Integrationsbeauftragte
Innenausschuss
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Berlin/Frankfurt, 03. April 2019

Drei Forderungen aus der Zivilgesellschaft: Notfallplan für Bootsflüchtlinge / "Sichere Häfen" ermöglichen / Keine Rückführung nach Libyen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in den vergangenen Wochen hat Deutschland gemeinsam mit anderen europäischen Staaten immer wieder Menschen aufgenommen, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden. Wir sehen dieses Engagement und begrüßen es, dass die Bundesrepublik bei anderen EU-Mitgliedstaaten für einen Verteilmechanismus für diese Menschen wirbt.

Wir, die Unterzeichnenden, setzen uns auf unterschiedliche Weise für eine menschenrechtsbasierte, solidarische Flüchtlingspolitik ein – als Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, humanitäre Hilfsorganisationen, Seenotrettungsorganisationen, Kommunen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Bewegungen und lokale Bündnisse.

Wir sind erschüttert angesichts der gegenwärtigen europäischen Politik, die immer stärker auf Abschottung und Abschreckung setzt – und dabei tausendfaches Sterben billigend in Kauf nimmt. All diese Menschen haben Schutz und eine menschenwürdige Zukunft für sich und ihre Familien gesucht.

Die Pflicht zur Seenotrettung ist Völkerrecht und das Recht auf Leben nicht verhandelbar. Diese Verantwortung trifft in erster Linie die EU und ihre Mitgliedstaaten; sie müssen eine völkerrechtsbasierte Seenotrettung auf dem Mittelmeer gewährleisten. Sie haben sich auch dazu verpflichtet, Schutzsuchenden Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewähren. Für all dies sind wir gemeinsam mit zehntausenden Menschen in den vergangenen Monaten bundesweit auf die Straße gegangen.

Dass zivile Helfer*innen kriminalisiert werden, die der unterlassenen Hilfeleistung der europäischen Staaten nicht tatenlos zusehen wollen, ist ein Skandal. Diese Politik muss beendet werden, denn sie bedroht nicht nur das Leben von Menschen, sie setzt auch unsere eigene Humanität und Würde aufs Spiel. Und sie beschädigt das Vertrauen in den Rechtsraum und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union

und ihrer Mitgliedstaaten. Daher bedarf es einer Neuausrichtung der deutschen und europäischen Politik.

Wir wenden uns an Sie als eine Kanzlerin, die in einem kritischen Moment einen Entschluss gefasst hat, europäisch zu handeln. Die folgenden Maßnahmen weisen aus unserer Sicht Wege aus der derzeitigen humanitären Katastrophe und der politischen Krise. Jetzt, kurz vor den Europawahlen 2019, sind sie wichtiger denn je.

1. Notfallplan für Bootsflüchtlinge: Die Bundesregierung verhandelt bereits mit anderen europäischen Staaten über ein Verteil- und Aufnahmeverfahren (Relocation) für im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge. Mehrere europäische Staaten sollen sich mit der EU-Kommission zusammenschließen und unter Koordination des Asylunterstützungsbüros EASO die Menschen unter Anwendung der Humanitären Klausel der Dublin-Verordnung nach einem vorher festgelegten Schlüssel verteilen. Den Schutzsuchenden muss nach Anlandung in einem sicheren europäischen Hafen eine menschenwürdige Aufnahme und Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährt werden. Der Europäische Flüchtlingsrat hat dazu einen praktikablen Vorschlag gemacht.¹ Wir appellieren an Sie, schnellstmöglich einen solchen Notfallplan für Gerettete und andere über das Mittelmeer ankommende Schutzsuchende umzusetzen.

2. „Sichere Häfen“ ermöglichen: Wir bitten die Bundesregierung, aufnahmebereiten Kommunen in unserem Land die freiwillige Aufnahme von zusätzlichen Schutzsuchenden in einem europäischen Relocation-Verfahren zu ermöglichen. Zahlreiche deutsche Städte und Gemeinden haben sich in den vergangenen Monaten zum „Sicheren Hafen“ erklärt und ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. Für sie muss eine Möglichkeit geschaffen werden, über ihre Aufnahmepflicht gemäß Königsteiner Schlüssel hinaus, zusätzlich freiwillig Schutzsuchenden aufzunehmen – entweder auf Grundlage bestehender oder neuer rechtlicher Regelungen.

3. Keine Rückführungen nach Libyen: Die EU und die Bundesrepublik müssen das Non-Refoulement-Gebot als zwingendes Völkerrecht achten und umsetzen. Wir bitten Sie, dieses Gebot deutlich gegenüber anderen Staaten zu verteidigen. Das Verbot der Zurückweisung in eine Bedrohungssituation verlangt, dass gerettete Menschen an einen sicheren Ort evakuiert werden. Einige der südlichen Mittelmeeranrainer bemühen sich Asylsysteme aufzubauen. Aufgrund der fehlenden rechtsstaatlichen Garantien kann ein sicherer Ort bis auf weiteres jedoch nur in der EU liegen. Nach Libyen zurückgebrachte Menschen sind systematisch Folter, Versklavung und Gewalt ausgesetzt, wie Sie aus UN- und Botschaftsberichten wissen. Dementsprechend darf es keine Zurückführung nach Libyen geben. Daraus ergibt sich auch, dass die Bundesregierung und die EU jede Unterstützung und Ausbildung der sog. libyschen Küstenwache einstellen müssen. Diese fängt fliehende Menschen erwie-senermaßen auf hoher See ab und bringt sie mit Gewalt nach Libyen zurück. Auch andere Staaten dürfen nicht dabei unterstützt werden, Schutzsuchende Menschen abzuwehren, in Gefahr zurückzudrängen oder unter unmenschlichen Bedingungen festzuhalten.

¹ Relying on Relocation: ECRE Proposal for a Predictable and Fair Relocation following Disembarkation, 25.01.2019 www.ecre.org/relying-on-relocation-ecre-proposal-for-a-predictable-and-fair-relocation-following-disembarkation/

Wir richten diese Forderungen an Sie und werden uns auch künftig mit aller Kraft für politische Lösungen einsetzen, die von Humanität geleitet sind.

Hochachtungsvoll



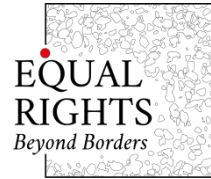


Ökumenische
Bundesarbeitsgemeinschaft
**Asyl in der
Kirche**

Lawyers without Borders
Anwälte ohne Grenzen (AoG) - Lawyers without Borders (LwB) e.V.



**BAG
K+R**



**verband binationaler
familien und partnerschaften**



Aktionsbündnis gegen AIDS



KOK Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.



تَبْنِي ثَوْرَةَ
adopt a revolution



**Brot
für die Welt**

JUGEND



Women in Exile & Friends

Flüchtlingsfrauen werden laut.

Bundesweite Organisationen

ACAT Deutschland (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter)	Rechtsextremismus (BAG K+R)	KOK - Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.
ADRA Deutschland e.V.	Bundesverband NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.	kritnet – Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung
Aktion Deutschland Hilft	Campact	MISEREOR
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.	civifleet-support e.V.	Mission Lifeline e.V.
Aktionsbündnis gegen AIDS - Action against AIDS Germany	Der Paritätische Gesamtverband	Netzwerk Afrika Deutschland (NAD)
Amnesty International	Deutsche Aidshilfe	Neue Richtervereinigung e.V.
Anwälte ohne Grenzen - Lawyers without Borders e.V.	Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V.	Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V.
Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V.	Deutscher Caritasverband e.V.	PRO ASYL
Ärzte der Welt e.V. - Doctors of the World Germany	Deutscher Gewerkschaftsbund	RESQSHIP e.V.
Ärzte ohne Grenzen e.V. - Medecins Sans Frontieres	Diakonie Deutschland	Save the Children
AWC Deutschland e.V.	Diakonie Katastrophenhilfe	Sea-Eye e.V.
AWO Bundesverband	Equal Rights Beyond Borders	Sea-Watch e.V.
AWO International	Evangelische Frauen in Deutschland e.V.	SEEBRÜCKE - Schafft Sichere Häfen!
borderline-europe - Menschenrechte ohne Grenzen e.V.	FC St. Pauli	SOLWODI e.V. Deutschland
Brot für die Welt	FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e. V.	SOS MEDITERRANEE Deutschland e.V.
Brot für die Welt Jugend	Flüchtlingspaten Syrien e.V.	Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Bund der Deutschen Katholischen Jugend	IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit – Deutschland e.V.	Women in Exile & Friends
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V.	IUVENTA - Solidarity at Sea	
Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und	Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland	
	Jugend Rettet e.V.	

Landesweite und regionale Organisationen

AK Asyl Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz	Diakonisches Werk Hamburg	Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e.V.	Diakonisches Werk Mecklenburg-Vorpommern	Landesvereinigung NRW der VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten)
Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V.	Diakonisches Werk Pfalz	
	Diakonisches Werk Schleswig-Holstein	
Bezirksjugendwerk der AWO Hessen-Süd e.V.	Eine Welt Netz NRW	Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
Caritas in Niedersachsen	Evangelische Kirche in Mitteldeutschland	Reformierter Kirchenkreis in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EK-BO)
Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V.	Evangelischer Kirchenkreis Berlin Stadtmitte	
Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V.	Flüchtlingsbeauftragter im Bistum Münster	"weltweit" - die Freiwilligenorganisation von Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e.V.
Caritasverband für die Region Krefeld e.V.	Flüchtlingshilfe Mittelhessen e.V.	
Diakonie Baden	Flüchtlingsrat Baden-Württemberg	
Diakonie Bayern	Flüchtlingsrat Bayern	
Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz	Flüchtlingsrat Brandenburg	
Diakonie Hessen	Flüchtlingsrat Hamburg	
Diakonie in Niedersachsen	Flüchtlingsrat Hessen	
Diakonie Mitteldeutschland	Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern	
Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe	Flüchtlingsrat Niedersachsen	
Diakonie Württemberg	Flüchtlingsrat NRW	
Diakonisches Werk der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg	Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt	
Diakonisches Werk Bremen	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.	
Diakonisches Werk der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens	Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg KdöR	

Flüchtlingsrat Leverkusen	Leben in der Fremde e.V.	Osnabrücker Friedensinitiative OFRI
Flüchtlingsrat Mainz	Legal Clinic Dortmund e.V.	Potsdam Konvoi
Flüchtlingsrat Würzburg	Ludwigsburg Waiblingen Enz	Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.
Forum Hochschule und Kirche e.V.	Medibüro Hamburg	Refugee Law Clinic Berlin e.V.
Franziskanerinnen von Lüdinhäusen	Medibüro Kiel e.V.	Refugee Law Clinic Kiel
	Medinetz Bielefeld	Refugee Law Clinic Regensburg
Freundeskreis Asyl Schwäbisch Hall	Medinetz Essen e.V. / medizinische Flüchtlingshilfe	Refugee Network Göttingen - Hilfe für Geflüchtete e.V.
Freundeskreises Asyl Königstein	Medinetz Freiburg	r-mediabase
	Medinetz Hannover e.V.	Runder Tisch Asyl Erligheim
GASThaus und GASTkirche in Recklinghausen	Medinetz Mainz e.V.	Save me Mannheim
Gemeinde mit Ausblick e.V.	Medinetz Würzburg e.V.	Seebrücke Altdorf
GEW Kreisverband Hanau	Medinetz Bonn e.V.	Seebrücke Brandenburg/Havel
Heidelberger Friedensratschlag	Mennonitisches Hilfswerk e.V.	Seebrücke Bochum
Helferkreis Asyl Worms e.V.	Mensch Mensch Mensch e.V.	Seebrücke Dortmund
	Moabit hilft e.V.	Seebrücke Dresden
Hitzacker/Dorf eG	Münster - Stadt der Zuflucht	Seebrücke Duisburg
IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e.V.	Netzwerk „Berlin hilft!“	Seebrücke Erfurt
	Netzwerk Dortmund - Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe	Seebrücke Erlangen
Initiative "Münster-Stadt der Zuflucht"	Ökumenische Arbeitskreis Asyl Ludwigsburg Stadt	Seebrücke Esslingen am Neckar
Integration e.V.	Ökumenische Fachstelle Asyl von Kreisdiakonieverband Ludwigsburg und Caritas	Seebrücke Gießen
Interkulturelles Begegnungszentrum Kerner	Ökumenische Flüchtlingshilfe Lorsch	Seebrücke Göttingen
Jesus Freaks Kassel e.V.	Ökumenische Flüchtlingshilfe Steinheim	Seebrücke Hamburg
"kein mensch ist illegal" Wuppertal	Ökumenische Forum Flüchtlinge in Lippe	Seebrücke Hannover
Kirchliche Hilfsstelle für Flüchtlinge, Hamburg	Ökumenischer Arbeitskreis Asyl Kornwestheim	Seebrücke Kassel
Konstanzer Seebrücke – Schafft sichere Häfen	Oromo Horn von Afrika Zentrum e. V.	Seebrücke Krefeld
Landesjugendring Brandenburg e.V.		Seebrücke Mannheim
LandsAid e.V.		Seebrücke München
		Seebrücke Münster

Seebrücke Nürnberg
Seebrücke Oldenburg
Seebrücke Osnabrück
Seebrücke Potsdam
Seebrücke Reutlingen-
Tübingen
Seebrücke Seligenstadt
Seebrücke Ulm
Seebrücke Wildeshausen
Seebrücke Wuppertal
Solinet Hannover
Stadtteiltreff Mainz-
Gonsenheim
Stiftung Nord-Süd-Brücken
Todesursache: Flucht. Eine
unvollständige Liste
Trägerverein Psychosoziales
Zentrum für Geflüchtete in
Nordhessen e.V.
Train of Hope - Flüchtlingshil-
fe Dortmund
V!VOVOLO e.V. , Würzburg
VENROB e.V.
ver.di Ortsverein des Fachbe-
reichs 3 von Wuppertal-
Niederberg
ver.di Ortsverein Freiburg
ver.di Landesbezirk Hamburg
Verband der Motorradclubs
Kuhle Wampe
Villa Fohrde Bildungs- und
Kulturhaus e.V.
Willkommensbündnis für
Flüchtlinge in Steglitz-
Zehlendorf
Wuppertaler Aktionsbündnis
gegen TTIP und andere Frei-
handelsfallen